

Ratgeber für die langen Linien der Verbraucherpolitik

Beirat Justizminister Maas will die Lage der Konsumenten verbessern. Die Stuttgarter Ökonomin Lucia Reisch hilft dabei. *Von Bärbel Krauß*

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat einen (für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung), Arbeitsministerin Andrea Nahles hat einen (wegen der Rente), Gesundheitsminister Hermann Gröhe hat einen (für Medizinfragen), Forschungsministerin Johanna Wanka hat einen (für Wissenschaft) – Umweltministerin Barbara Hendricks hat einen – (für nachhaltige Entwicklung), und jetzt hat Bundesjustizminister Heiko Maas auch einen Sachverständigenrat. Sein Thema ist das weite Feld der Verbraucherpolitik, die seit dem Regierungswechsel zum Geschäftsbereich des Justizressorts gehört.

Expertenräte, die die Minister der Bundesregierung beraten, sind in Berlin nicht gerade dünn gesät. Der erste dürfte der bereits 1949 gegründete Finanzbeirat gewesen sein; der wichtigste sind die „fünf Weisen“, die alle Jahre wieder die Wirtschaftsentwicklung unter die Lupe nehmen. Analog dazu hat der Justizminister Maas in Berlin bei der Vorstellung des neuen Beratergremiums, den Auftrag für die neunköpfige Expertenrunde definiert, die am

Freitag in Berlin die Arbeit aufgenommen hat: Jedes Jahr soll der Sachverständigenrat ein umfassendes Gutachten zur Lage der Verbraucher in Deutschland abgeben.

Die Stuttgarter Ökonomin Lucia Reisch, eine Spezialistin für Konsumforschung und Verbraucherpolitik, ist die Vorsitzende. Sie ist in Stuttgart aufgewachsen, hat in Hohenheim Wirtschaftswissenschaften studiert, ist seit 2006 Professorin an der Kopenhagener Business School und hat eine Gastprofessur an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen. Ihre Schwerpunkte sind Verbrauchertheorie, Verhaltensökonomie und nachhaltiger Konsum. Ihr Profil hat Lucia Reisch schon viele Berateraufträge eingetragen: So ist sie Mitglied im Rat für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung und Vize-Vorsitzende des gleich gelagerten Gremiums der Landesregierung im Südwesten.



Foto: privat

Lucia Reisch ist Expertin für Konsumforschung und Verbraucherpolitik.

Anders als die Wirtschaftsweisen, die die ökonomische Entwicklung anhand eingeführter Kriterien beschreiben – Wachstum, Beschäftigungsquote, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht – gibt es beim Verbraucherschutz keinen festen Analyserahmen. Ersatzweise nennt Lucia Reisch drei Dimensionen, die die Lage der Konsumenten kennzeichnen: ökonomische Fragen – zum Beispiel nach der Zugänglichkeit, der Transparenz und der Funktionsfähigkeit von Märkten – die Lebensqualität und die ökologische Ebene.

Die Expertenrunde – zu der neben Ökonomen auch Psychologen, Haushaltswissenschaftler, Finanzwissenschaftler und Vertreter der Verbraucherzentralen zählen – ist zwar erst dabei, ihre Arbeit zu strukturieren. Aber Lucia Reisch ist überzeugt, dass Energie, Finanzen und Altersvorsorge mit auf ihrem Arbeitsplan stehen werden. Ihr Auftraggeber, Justizminister Heiko Maas, erhofft sich von dem Gremium Anregungen, die die „langen Linien der Verbraucherpolitik“ in den Blick nehmen.

Hannover

Polizei verbietet Hooligan-Demo

Die Polizeidirektion Hannover will die für den 15. November angemeldete Demonstration „Europa gegen den Terror des Islamismus“ verbieten. Derzeit sei davon auszugehen, dass hinter der Anmeldung die Gruppe „Hooligans gegen Salafisten“ (Ho-GeSa) stehe, teilte die Behörde mit. Bei einer Demonstration der Gruppierung vor knapp zwei Wochen in Köln hatte es schwere Krawalle gegeben, bei denen 49 Polizisten leicht verletzt worden waren.

Auch die Demonstration in Hannover sei nach derzeitigen Erkenntnissen „auf gewalttätige Auseinandersetzungen ausgerichtet“, erklärte die Polizei. „Auf Gewalt ausgerichtete Veranstaltungen genießen nicht den Schutz des Versammlungsrechts“, unterstrich Hannovers Polizeipräsident Volker Kluwe. Die Polizei informierte demnach den Anwalt des Anmelders telefonisch über das beabsichtigte Verbot.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte den Behörden in Hannover am Mittwoch ein Verbot der geplanten Kundgebung empfohlen. Er wolle sie „ausdrücklich ermuntern“, einen solchen Schritt zu gehen, hatte der Minister im Bundestag gesagt.

AFP

Bundestag beschließt Elterngeld für Teilzeittätige

Kinderbetreuung Wer Teilzeit arbeitet, bekommt künftig länger staatliche Leistungen. Auch Elternzeit soll flexibler werden.

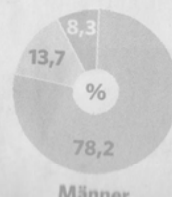
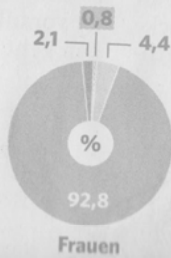
Mütter und Väter in Teilzeit können das Elterngeld künftig doppelt so lange beziehen wie bisher. Der Bundestag hat ein Gesetz beschlossen, wonach die Leistung bis zu 28 Monate gewährt wird. Die Änderungen gelten für Ge-

PRAKTISCH ALLE VÄTER UND MÜTTER BEZIEHEN ELTERNELD

Rund 640 000 Mütter und 194 000 Väter erhielten für ihre 2012 geborenen Kinder Elterngeld

Dauer der Leistung:

- bis zu 2 Monate
- 3 bis 9 Monate
- 10 bis 12 Monate
- 13 bis 14 Monate*



Voraussetzung für die Zahlung des Elterngelds über 28 Monate ist allerdings, dass beide Elternteile parallel für mindestens vier Monate zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten, um sich gemeinsam um das Kind zu kümmern. Arbeitet nur ein Elternteil in Teilzeit, beträgt die Bezugsdauer 24 Monate. Für das Elterngeld, das mindestens 300 und höchstens 1800 Euro pro Monat beträgt, stehen pro Jahr rund fünf Milliarden Euro zur Verfügung.

Mit dem neuen Gesetz wird zudem...